



Haushaltsrede zur Haushaltssatzung 2021 und zum Haushaltssicherungsplan 2012-2021

18. Februar 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

zu Beginn meiner Ausführungen einige einleitende Worte zum Ist-Zustand bzw. zur Ausgangslage für die Finanzplanung des Haushaltes 2021.

Die SPD-Fraktion kann dem Haushaltsentwurf hinsichtlich zweier Punkte, die final zu einer zusätzlichen Anhebung von Steuern führen, nicht zustimmen:

1. Die Hundesteuer
2. Die Sportanlagen Höfferhof und Breitscheid

Im Übrigen stimmen wir dem vorgelegten Haushalt zu.

Bevor ich diese Punkte näher betrachte, zuvor ein kurzer Überblick auf die Ausgangslage.

1. Der Haushaltssanierungsplan

- Im März 2012 wurde einstimmig im Rat der Gemeinde die freiwillige Teilnahme am Stärkungspakt beschlossen.
- In 2012 wurde von der Bezirksregierung die Genehmigung des Haushaltssanierungsplans erteilt.
- Von 2012 bis 2020 erhielt die Gemeinde rd. € 9 Mio. Konsolidierungshilfen.
- Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes wurde vom Rat der Gemeinde zusammen mit der Haushaltssatzung beschlossen.
- Die letzte Zahlung in 2020 betrug € 453.000 – es wird keine weiteren Zahlungen mehr geben, was mit anderen Worten ausgedrückt bedeutet, dass in 2021 der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe erreicht werden muss.

2. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Seit nunmehr fast einem Jahr wird die Weltbevölkerung vor Herausforderungen ungeahnten Ausmaßes gestellt, deren Ende noch nicht absehbar ist und deren Auswirkungen alle Lebensbereiche betreffen, die das gesellschaftliche Leben verändert haben:

- Einschnitte in die Lebenswelt der Menschen
- Isolation
- Einsamkeit
- Bewegungseinschränkungen
- Zunahme von Überforderung und Gewalt bis hin zu existenzbedrohenden Auswirkungen.

Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt prognostizieren, wie sich der Lockdown auf die Psyche auswirkt, welche Zukunftsängste sich manifestieren.

Wie sich die soziale Ungleichheit unter den aktuellen Rahmenbedingungen auf Bildung und Chancengleichheit auswirken wird, bleibt abzuwarten.

In wirtschaftlicher, finanzieller Hinsicht ergeben sich für die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid zwischen 2020 und 2024 erhebliche finanzielle Ausfälle. Im Sektor der Gewerbesteuer von € 3,85 Mio. Im Sektor Einkommensteuer sogar € 5,3 Mio.

Der Ausfall bei den Schlüsselzuweisungen wird mit € 1,61 Mio. beziffert.

Insgesamt ist mit einer Mehrbelastung des Haushaltes von 11.5 Mio. € zu rechnen – mit Raum nach oben.

Der Haushaltsausgleich 2021 kann nur durch die vom Land vorgegebene Ausgrenzung der Mehrbelastung erreicht werden, auch Gebühren- und Steuerhebesatzerhöhungen von 4 Punkten sind unerlässlich. Nur zwingend erforderliche und absolut notwendige Ausgaben können getätigt werden.

Die SPD-Fraktion betont ausdrücklich die zwingende Notwendigkeit, Förderprogramme zu nutzen und setzt sich dafür ein, auch weiterhin intensives Fördergeld abzurufen - unter der Prämisse, dass die Eigenanteile finanziert werden können.

Dank des intensiven Einsatzes der Bürgermeisterin und der Verwaltung wurden in den vergangenen 5 Jahren Fördergelder akquiriert, um geplante Fördermaßnahmen zum Wohle der Menschen unserer Gemeinde umzusetzen.

Mit hohen Landeszuschüssen sind einige sehr wichtige Investitionen finanzierbar und damit möglich geworden.

Denn Investitionen sind im Stärkungspakt nur dann möglich, wenn sie entweder zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde zählen oder wenn sie die Bilanz der Gemeinde verbessern.

ISEK- das integrierte, städtebauliche Entwicklungskonzept:

Zu großem Dank verpflichtet ist die Gemeinde unserer Bürgermeisterin, die in den vergangenen 5-6 Jahren das integrierte städtebauliche Konzept beauftragt und fortlaufend Konzepte mit allen erforderlichen Akteuren entwickelt hat, um dringend notwendige Fördergelder zu akquirieren. Auch die Kooperation mit der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg hat die Gemeinde dem Einsatz unserer Bürgermeisterin zu verdanken.

Das Selbstlernzentrum im Schulzentrum Neunkirchen

- Gefördert durch das Städtebau-Förderungsprogramm und durch das Programm GUTE SCHULE 2020. Kosten € 4,39 Mio.
Der kommunale Eigenanteil/Differenzbetrag in Höhe von 30% wird vom Land NRW übernommen.

Die Umgestaltung der Außenflächen im Schulzentrum Neunkirchen

- Wird mithilfe der Städtebaufördermaßnahmen nach den Umbaumaßnahmen realisiert.

Der WLAN-Ausbau Grundschule Wolperath Umbau Fachräume Schulzentrum Neunkirchen

Durch den Einsatz mit Fördermitteln Digitalpakt Schule/Gute Schule, Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Der Neubau KulTurnhalle

Vorgesehen ist der Neubau als Ersatz für die Einfachsporthalle an der Grundschule Seelscheid. Die Mittel für die Erstellung der Entwurfsplanung als Voraussetzung, um den Förderantrag stellen zu können, werden in 2021 bereitgestellt.

Der Neubau Einfeldsporthalle am Schulzentrum Neunkirchen

Antrag der SPD

Zur Finanzierung wurde bereits die Höchstfördersumme von € 1,5 Mio. aus dem Investitionspaket Sportstätteninfrastruktur bewilligt – der Differenzbetrag/Eigenanteil kann aus dem ersparten Eigenanteil beim Selbstlernzentrum finanziert werden.

Diese Maßnahmen dienen dazu, die für unser Gemeinwesen so wichtige Arbeit unserer Sportvereine für den Schul- und Vereinssport weiter zu verbessern und ihr Engagement zu unterstützen.

Eine weitere in Auftrag gegebene Baumaßnahme ist der Anbau des Feuerwehrhauses in Seelscheid, der mit Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes gefördert wird.

Die Ausschreibung für die Bauleistungen des neuen Feuerwehrhauses und des Wasserwerks in Neunkirchen soll kurzfristig erfolgen, um eine Fertigstellung im nächsten Frühjahr anzustreben.

Die Gemeinde hat sich um Fördermittel eines Sonderförderungsprogramms für die Deckensanierung einiger Straßen beworben.

Aufgrund des Rechtsanspruchs jedes Kindes, ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auf einen Betreuungsplatz und ab dem vollendeten 3. Lebensjahr einen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung, wurde in der Planung – und in den Bedarfsermittlungsgesprächen mit der Gemeinde deutlich, dass das bestehende Platzangebot vergrößert werden muss. So werden seit Beginn des KJ 19/20 in Eischeid 1,5 Vorläufergruppen in einem zu Kita-Zwecken umgebauten Musterhaus der Fa. Stommel betreut. Diese Gruppen sollen in den 4-gruppigen Kita-Neubau umziehen, der

in 2021 in Eischeid seinen Betrieb unter Trägerschaft der Elterninitiative „Kindergarten Wiescheid KIWI e.V.“ aufnehmen soll.

Für den geplanten Neubau zwei weiterer Gruppen hat das Kreisjugendamt vorsorglich Landesmittel beantragt. Der Neubau soll 2022/2023 abgeschlossen sein.

Nicht nachvollziehbar und den Bürger*innen erklärbar ist die Tatsache, dass am 16.12.2020 die bisherige Beschlusslage vom August 2020 zum Ausbau der Sportplätze Breitscheid und Höfferhof von CDU, Bündnis 90 die Grünen und FDP gekippt wurde. Selbst die Feststellung der Bezirksregierung der Sportplatz Höfferhof sei für den Schulsport völlig ausreichend, hält nun nicht mehr den Forderungen von CDU und Bd. 90 Grüne, FDP stand. Mit dem Ratsbeschluss vom 16.12.2020 geht eine weitere Anhebung der Grundsteuern A und B um jeweils 11 Punkte zur Finanzierung der Abschreibungen und Zinsen auf die Eigenmittel beim „Investitionspakt Sportstätteninfrastruktur“ einher. Dies kann zwangsläufig dazu führen, dass höhere Steuern als nötig bezahlt werden, auch wenn Fördermittel nicht bereitgestellt werden, womit zu rechnen ist, weil die Fördersumme bereits vielfach überzeichnet ist. Die Ankündigung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Steuern im Falle eines ablehnenden Bescheids zurückzuzahlen, hält die SPD für unseriös.

Die neue Haltung und neue Kehrtwende von Bündnis 90/Die Grünen entbehrt der Argumentation. Sehen so vorausschauendes Denken und soziale Gerechtigkeit aus? Die Steuerspirale anzukurbeln für Maßnahmen, die nice to have sind, aber nicht notwendig? Die Antwort lautet, insbesondere nicht in Zeiten extremer finanzieller Engpässe und eines pandemischen Ausnahmezustandes mit erheblichen Belastungen, Einschnitten und Kontaktbeschränkungen in der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen. Das Sozialgefüge steht auf dem Prüfstand. Hier wird versucht, unnötige Steuererhöhungen durchzusetzen. Insgesamt käme zukünftig die Belastung in Form einer Anhebung der Hebesätze von 15 Punkten auf ein durchschnittliches Einfamilienhaus zu. Die prekäre finanzielle Lage über die Erhöhung der Grundsteuern in den Griff zu bekommen, ist weder solidarisch noch sozial verträglich.

Ebenso sozial unverträglich ist der Antrag der CDU-Fraktion, Gewerbetreibende mit der Senkung der Gewerbesteuer zu entlasten und den Einwohnern und Einwohnerinnen mit Grundbesitz über die Grundsteuererhöhungen in die Tasche zu greifen und das alles zusammen als solidarischen Akt zu deklarieren und zu rechtfertigen. Es macht keinen Sinn ein Loch zu stopfen, um gleichzeitig ein neues Loch zu reißen. Das ist eine Verlagerung der Problematik und ist für die finanzielle Erholung der Gemeinde nicht förderlich.

Um die ortsansässigen Einzelhändler zu stärken, braucht es zeitgemäße Maßnahmen und kreative Ideen, nicht zuletzt über die sozialen Medien, wie z.B. eine Internetplattform. Discounterketten gehören nicht zur Gruppe des gefährdeten Einzelhandels, obgleich sie aktuell sicherstellen, dass viele Menschen durch einen Lebensmitteleinkauf eine Tagesstruktur/Sozialkontakte haben können.

Der geplanten Erhöhung der Hundesteuer von € 114,00 auf € 160,00 können wir nicht zustimmen. Die SPD-Fraktion hat in der letzten Ratssitzung vorgeschlagen, die Erhöhung der Steuer für den Einzelhund auf € 120,00 festzulegen.

Auch vor dem Hintergrund, dass die Einsparungsanstrengungen der Gemeinde nicht mehr ausreichen, Mehrbelastungen nicht kompensiert werden können, den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich zu erreichen, erachten wir die Erhöhung der Hundesteuer um 40% als maßlos. Auch der Hinweis, dass seit 2013 keine

Steuererhöhungen für die Hundehaltung erhoben wurden, rechtfertigt diesen Schritt nicht umfänglich.

Die durch die Pandemie verschärfte soziale Ungleichheit, die Schere zwischen Arm und Reich verdeutlicht sich in diesen Krisenzeiten.

Wirtschaftliche Krisen treffen immer erst die Einkommensschwachen und alle die keine Rücklagen bilden konnten, um eine ökonomische „Durststrecke“ zu überbrücken. Sehr viele Rentner müssen ihre Rente durch Minijobs aufbessern, viele sind älter als 75 Jahre. Eine Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung im Alter steht nicht zur Diskussion, für viele Menschen, nicht nur für Ältere ersetzt der Hund u.a soziale Kontakte. Das soziale Verantwortungsbewusstsein darf an dieser Stelle nicht auf der Strecke bleiben.

Eine Erhöhung der Hundesteuer darf nicht zur Folge haben, dass demnächst die Tierheime gefüllt sind mit Abgabehunden.

Die Interessen der in unserer Gemeinde lebenden Menschen im Auge zu behalten, ist ein zentrales Thema unseres politischen Verständnisses.

Mit großer Freude und Dankbarkeit nehmen wir zur Kenntnis, dass für den Bereich Menschen mit Behinderung erstmals ein Betrag von € 2.500,00 im Haushaltsplan etatisiert wurde.

Die rund 2,5 Mio. Menschen, die in NRW leben, haben nach der Ratifizierung der UN BRK im Jahre 2009 einen gesetzlichen Anspruch umfassend am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Der Weg in eine inklusive, barrierefreie Gesellschaft erstreckt sich auf alle Lebensbereiche und umfasst alle Lebensphasen. Eine gleichberechtigte Teilhabe – das ist der Zugang zu Bildung, Kommunikation, Kultur, Medien, Arbeit, Sport, Urlaub, Freizeitgestaltung für alle Menschen. Für die Umsetzung dieses Grundrechts sind nicht nur Konzepte und Strategien erforderlich – sondern es braucht ein Umdenken in den Köpfen der Menschen. Einem Menschen, der nicht lesen kann, nutzt eine elektronische Fahrplantageherzlich wenig, aber eine Kultur der offenen Kommunikation, eine gegenseitige Wahrnehmung ermutigt ihn, vielleicht nach dem nächsten Bus zu fragen und Hilfe und Antworten zu bekommen.

Der Abbau der sog. „Sonderwelten“ ist seit Jahren ein zentrales Thema in der Behindertenhilfe. Fehlender, bezahlbarer Wohnraum ist z.B. nicht nur ein Problem für junge Familien, für Menschen mit Behinderung ein fast zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Daher setzt sich die SPD-Fraktion auch weiterhin nicht nur zur Schaffung von Wohnraum, sondern auch speziell für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau ein.

Um die Attraktivität unserer Gemeinde nach außen hin sichtbar zu machen, haben wir beantragt, die maroden, teilweise unlesbaren Ortsschilder in unserer Gemeinde zu erneuern, den dafür finanziellen Ansatz für die kommenden Jahre zu verdoppeln.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, das Erscheinungsbild der gemeindlichen Friedhöfe zu verbessern. Dies geschieht aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung, die Unzufriedenheit signalisiert.

Eine Erhöhung der finanziellen Mittel im Jahr 2021 auf € 25.000 ist somit beantragt und wünschenswert.

Um der drohenden Verschlechterung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Bereich entgegenzuwirken, demografische Veränderungen schon im Vorfeld prophylaktisch zu beeinflussen, beantragt die SPD-Fraktion die Aufnahme der Gemeinde in das Internetportal der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein.

Ziel soll sein, das Interesse junger Ärzte und Ärztinnen zu wecken, indem das Gemeindeprofil attraktiv, ansprechend und aussagekräftig dargestellt wird.

Wir arbeiten an einer Strategie den Digitalisierungsprozess als lebendigen Prozess zu kommunizieren, im Dialog mit vielen Akteuren in allen Lebensbereichen.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir alles unternommen haben, den Stärkungspakt erfolgreich abzuschließen, ohne die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde aus dem Blick zu verlieren. Mithilfe der Fördergelder der Landeszuschüsse wurden Projekte möglich gemacht. Nun gilt es trotz aller herausfordernder Bedingungen diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen, unnötige Ausgaben zu beleuchten und unnötige Belastungen der Bürger/-innen abzuwenden.

Wir bedanken uns in besonderem Maße bei der Bürgermeisterin und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihren Einsatz zum Wohle der Gemeinde und dem Kämmerer für die lösungsorientierte Aufstellung des Haushaltsplanes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

A. Vogel